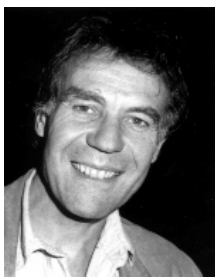


Michael Schneider

Das Imperium Americanum und der Kreuzzug gegen „die Achse des Bösen“*



Prof. Dr. Michael Schneider, geb. 1943 in Königsberg, Studium der Naturwissenschaften, der Soziologie und Philosophie in Freiburg/Brsg., Berlin und Paris, ist Essayist und Romancier. Er war als writer-in residence am Deutschen Haus New York. Er lehrt als Professor für Drehbuch an der Filmakademie Baden-Württemberg, ist Mitglied des deutschen PEN-Zentrums und des akademischen Beirates von attac-Deutschland. Sein jüngster historischer Roman, „Der Traum der Vernunft“ - über einen deutschen Priester, der vom Vorkämpfer der großen Freiheits- und Humanitätsideale zum jakobinischen Schreckensmann und Staatsterroristen mutierte - stand im Juni 2001 auf der SWR-Bestenliste.

Am 15. Februar dieses Jahres 2003 demonstrierte in Berlin eine halbe Million Menschen. Gegen die „Koalition der (Kriegs)Willigen“ (Rumsfeld) trat hier eine „Kosmopolis der Friedenswilligen“ auf, wie sie die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung noch nie gesehen hat.

Niemals zuvor gab es vor einem Krieg eine solch weltweite Mobilisierung gegen den Krieg. Die weltweite Beteiligung wird auf 11 Millionen geschätzt.

Dieses historische Novum ist durch die globale Kommunikation und Vernetzung via Internet möglich geworden. Wir haben es eben nicht nur mit der Globalisierung der Kapital- und Finanzströme, der Ausbeutung, der Armut und der Umweltzerstörung zu tun, sondern auch mit der Globalisierung des Protestes und des Widerstandes gegen die Kriegstreiber in Washington. Das „alte Europa“ rührte sich wie nie zuvor und sandte ein grandioses Zeichen der Solidarität und der Ermutigung auch an die amerikanische Friedensbewegung aus.

Das eklatante Versagen der Demokratie

Alle Umfragen belegen, dass die europäischen Völker zu achtzig und mehr Prozent - die Briten zu 84, die Spanier und Türken sogar zu 94 Prozent - gegen diesen Krieg sind, den sie als zutiefst unmoralisch empfinden. Selbst das einer rastlosen Kriegspropaganda ausgesetzte amerikanische Volk ist in dieser Frage gespalten - und dennoch wird der Krieg mit ziemlicher Sicherheit stattfinden.

* Grundlage dieses Essays war ein Vortrag zur Wiesbadener attac-Veranstaltung „Warum die einen den Krieg und wir den Frieden brauchen“ (am 10. Februar 2003).

Was bedeutet das eigentlich? Es bedeutet, ja, es beweist, dass an der jetzigen Demokratie, die doch als Krone der freiheitlichen Zivilisation des Westens gilt, wie auch am jetzigen System der UN, etwas grundlegend faul ist, dass ihre Kontrollmechanismen nicht mehr funktionieren. Denn der verfassungsmäßige Souverän, das Volk, übt diese Souveränität faktisch nicht mehr aus, schon gar nicht, wie sich jetzt zeigt, in einer so fundamentalen Frage wie Krieg oder Frieden. Auch wenn am Wahltag die Macht vom Volke ausgeht, danach wird sie ihm aus der Hand genommen und geht über an mächtige Parteibükratien, Industrielobbys und partikulare Kapitalinteressen, die sich nur von ihren eigenen Profitinteressen, der Maximierung des *Shareholder-Value*, leiten lassen. Die wahren Souveräne in der vollkommen deregulierten Weltwirtschaft sind die „Global Players“, die multinationalen Konzerne und Banken, die Fondsgesellschaften und institutionellen Anleger, allen voran die US-amerikanischen, die, obschon demokratisch nicht legitimiert, über Finanzvolumina von der Größenordnung ganzer Staatshaushalte verfügen. Durch ihre machtvollen Lobbys bestimmen und dominieren sie auch die Politik der großen Weltmarktagenturen IWF, Weltbank und WTO, mit der Folge, dass sie jeden Staat, der sich ihren Interessen nicht fügt, in die Knie zwingen und ganze Volkswirtschaften in den Ruin treiben können - wie das jüngste Beispiel Argentinien zeigt. Mit anderen Worten: Die Volkssouveränität, Basis jeder Demokratie, ist durch die neoliberale Globalisierung längst ausgehebelt worden. So wird denn auch der Gestaltungsraum der Politik immer enger.

Würde sich die Politik wirklich nach dem „Willen der Völker“ richten, dann wäre es gar nicht möglich, dass so viele europäische Staats- und Regierungschefs, allen voran Tony Blair, Aznar und Berlusconi, entgegen dem überwältigendem Votum ihrer eigenen Bevölkerungen, der Bush-Regierung und deren imperialistischen Kriegsplänen ihre uneingeschränkte Unterstützung bekunden. Hier von einer „Krise der Demokratie“ zu sprechen, ist weit untertrieben, wir haben es vielmehr mit einem *eklatanten Versagen der westlichen Demokratien* und ihrer Kontrollmechanismen zu tun.

Imperium Americanum

Imperiale Expansionskriege, so wenig sie auch zu rechtfertigen sind, erfordern immer eine Art Rechtfertigung - man nennt das heute „psychologische Kriegsführung“. Dazu diente meist die Doktrin des Verteidigungskrieges. In seinem Essay „Die Soziologie der Imperialismen“ von 1919 schrieb Joseph Schumpeter über das römische Imperium in den Jahren seiner größten Ausdehnung: „Es gab keinen Winkel der bekannten Welt, wo nicht irgendein römisches Interesse angeblich gefährdet war oder gerade angegriffen wurde. Waren es nicht römische Interessen, so waren es die von Verbündeten Roms; und wenn Rom keine Verbündeten hatte, dann wurden Verbündete erfunden. Und wenn es völlig unmöglich war, solch ein Interesse zu ersinnen - nun, dann war eben die nationale Ehre beleidigt worden. Der Kampf war stets von einer Aura der Legitimität umgeben. Rom wurde stets von übel gesonnenen Nachbarn angegriffen, kämpfte stets um eine Atempause. Die ganze Welt war voller Feinde, und es war Roms offenkundige Pflicht, sich gegen ihre zweifellos aggressiven Pläne zu schützen.“

Kommt uns das nicht bekannt vor? Von derselben Mentalität ist die neue „Nationale Verteidigungsstrategie der Vereinigten Staaten“ durchdrungen, die von der Exekutive kürzlich dem Kongress unterbreitet wurde. Dieses Dokument schreibt drei Kernprinzipien der US-Strategie fest: Erstens die Verewigung einer konkurrenzlosen globalen militärischen

Dominanz der USA, so dass kein Staat die Vereinigten Staaten herausfordern oder bedrohen kann. Zweitens die Bereitschaft, militärische „Präventiv“-Schläge gegen Staaten oder Kräfte wo auch immer auf der Welt zu führen, die als Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten, ihre Streitkräfte und Einrichtungen im Ausland oder ihre Freunde und Verbündeten betrachtet werden. Und drittens die Immunität von US-Bürgern gegenüber einer Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof.

Washingtons Ehrgeiz, ein Weltreich zu schaffen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat, wird allenfalls noch übertroffen von seiner paranoiden Furcht vor unzähligen, in jeder Nische des Globus lauern den Feinden, die allzeit bereit sind, die Sicherheit des „Heimatlandes“ zu bedrohen. Auch in dieser Hinsicht war die Rede des US-Präsidenten „Zur Lage der Nation“ symptomatisch. Aus der militärischen Supermacht USA macht Bush ein „bedrohtes Land“ und aus einer am Boden liegenden Regionalmacht wie dem Irak eine „Bedrohung für die Sicherheit der USA und der Welt“. Dabei kontrollieren US-Amerikaner und Briten seit mehr als einem Jahrzehnt mit ihren bislang mehr als 240.000 Einsätzen im Luftraum des Irak - das sind pro Tag fast 70 Einsätze - jeden Quadratzentimeter (auch wenn die militärische Kontrolle der Flugverbotszonen durch kein UN-Mandat je gedeckt worden ist). Satelliten liefern zusätzliche Bilder des irakischen Territoriums, und Telefongespräche werden flächendeckend abgehört. Das Inspektorenteam von Hans Blix und Al Baradei hat bislang keine „rauchenden Colts“ im Irak entdeckt, wenngleich der Verbleib gewisser Bestände an chemischen und biologischen Waffen noch ungeklärt ist. Dabei müssten die Amerikaner am besten wissen, wo sich die vermissten Andrax- und Nervengas-Bestände befinden, die sie selbst dem Irak seinerzeit geliefert haben. Saddam war schließlich der beste Freund der USA und der CIA, solange er sich als „nützlicher Schurke“ im Kampf gegen das verhasste Mullah-Regime in Teheran gebrauchen ließ. Auch Bin Laden und seine Mudschaheddin wurden von der CIA und dem pakistanischen Geheimdienst ISI trainiert, mit reichlich Geld und Waffen versorgt, solange es gegen die Sowjetunion ging. Die beiden „Weltbösewichter“ Saddam und Bin Laden sind ureigene amerikanische Kreationen.

Ein ausgepowertes, verarmtes und infolge des zehnjährigen Embargos lethargisches Volk von 26 Millionen Menschen gegen den Rest der Welt, angeführt von der hoch gerüsteten US-Army und ihrer Air Force? Irgendwie grenzt die Mär von der irakischen Bedrohung ans Lächerliche. Das wissen auch die Strategen des Weißen Hauses.

Selbstredend würden die USA die angedrohte gewaltsame „Abrüstung“ des Irak auch allein schaffen. Denn der Irak ist schwach. Sie wissen aber, dass sie mit ihrer Aggression das Völkerrecht, die UN-Charta, die Menschenrechte verletzen. Also wird das „neue Europa“ ins Boot geholt, denn so sind es viele Regierungen, die sich des Rechtsbruchs schuldig machen, indem sie sich an einem Präventivkrieg beteiligen. Der Rechtsbruch im Kollektiv verschafft Erleichterung, Legitimation - und vor allem Belohnung. Präsident Bush hat mit Blick auf Russland zum Ausdruck gebracht, dass er „Russlands Interessen da unten verstanden habe“... „And of course those interests will be honoured“. Der republikanische Senator Richard Lugar ließ durch einen Sprecher mitteilen, „Frankreich und Russland müssten sich an einem Angriff auf den Irak beteiligen, wenn sie von irakischem Öl profitieren wollten. Sie müssten sich sowohl an den militärischen Anstrengungen als auch an den Kosten beteiligen, nur dann könnten sie Zugang zu irakischem Öl bekommen.“ Und die Türkei darf Teile des Nordiraks besetzen, um einen Kurdenstaat zu verhindern und die Hand nach Mosul und Kirkuk, wo die nordirakischen Ölfelder liegen, auszustrecken. Kann man diese Politik anders denn als Erpressung und Bestechung bezeichnen? „Das Fell des Bären“ - so Elmar Altwater - „wird schamlos wie in einer Räuberbande verteilt, bevor der Bär erlegt worden ist.“

Wer schützt den „Rest der Welt“ vor den USA?

Dass die USA nach ihren eigenen Kriterien eigentlich den Spitzenplatz auf der langen Liste der sogenannten „Schurkenstaaten“ einnehmen müssten, kommt den Herren des Weißen Hauses und des Pentagons freilich so wenig in den Sinn wie ihren Verbündeten. Die USA entwickeln Massenvernichtungs-Waffen und bereiten sich darauf vor, sie nach Gutdünken einzusetzen. Sie produzieren und exportieren mehr Waffen als der „Rest der Welt“ zusammen. Sie haben ihre Ausgaben zur Bekämpfung der Armut in der Welt soeben auf 1,7 Milliarden Dollar reduziert. Das ist nicht einmal so viel, wie sie in zwei Tagen fürs Militär ausgeben. Dabei würden ein Prozent der jährlichen Militärausgaben des Pentagon genügen, um die Grundversorgung der verelendeten Völker der Dritten Welt mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und sauberem Wasser sicherzustellen.

Stattdessen hat die US-Regierung den ABM-Vertrag mit Russland zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen einseitig aufgekündigt. Sie hat sämtliche internationale Vereinbarungen über biologische und chemische Waffen aufgekündigt. Sie verweigert sich einer internationalen Vereinbarung über das Verbot der Produktion und des Einsatzes von Landminen. Ebenso hat sie das Kyoto-Protokoll aufgekündigt, das die Vertragspartner zur Reduzierung der Treibstoffgase und Klimakiller verpflichtet.

Mit über 60 Militärstützpunkten in 21 Ländern der Welt, modernsten Kriegsfлотten und Flugzeugträgern auf allen Weltmeeren und dem Aufbau ihres globalen Antiraketenschirms, der sich von Alaska bis über den pazifischen Raum erstrecken wird, sind die USA in der Lage, jeden Staat der Welt anzugreifen, politisch und militärisch zu erpressen und ihren Interessen gefügig zu machen.

Wer bedroht den Weltfrieden - der kleine Irak oder die militärische Supermacht USA? Laut jüngsten Internet-Umfragen der amerikanischen Fernsehsender ABC und CNN meinen 80 Prozent der Befragten, dass die USA eine größere Gefahr für den Weltfrieden darstellen als der Irak oder Nordkorea. Solche Umfragen bekommen freilich wenig oder gar keine Presse.

Wir leben offensichtlich in einer verkehrten Welt mit doppelten Standards: Die einzig verbliebene, bis an die Zähne gerüstete Supermacht verlangt von anderen, ungleich schwächeren Staaten, was sie weder bei sich selbst noch bei Israel, ihrem Hauptverbündeten im Nahen Osten, zulassen würde. Der Irak hat immerhin Waffeninspektionen ohne Wenn und Aber akzeptiert. Die Atommacht Israel dagegen, die über mehr und effizientere Massenvernichtungsmittel verfügt als alle Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zusammen, darf ohne Einspruch der westlichen Welt weiter aufrüsten und würde sich selbstredend niemals einem Waffeninspektionsregime unterwerfen. Es ist diese doppelte Moral des Westens, die die arabische Welt zurecht als zutiefst ungerecht und heuchlerisch empfindet.

Obwohl es offenkundig ist, wagt kein politischer Repräsentant der mit den USA verbündeten Mächte die schlichte und schlimme Wahrheit auszusprechen: dass unsere „amerikanischen Freunde“ das Völkerrecht und das universale Regelwerk der UN nur beachten, wo und solange es ihren nationalen Interessen nützt. Und wenn die Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrats sich den amerikanischen Angriffsplänen verweigert, dann wird die Weltorganisation eben „irrelevant“ (US-Präsident Bush). Derzeit lässt sich beobachten, wie der für den militärischen US-Aufmarsch unentbehrliche NATO-Partner Türkei und die schwächeren, ökonomisch abhängigen Staaten im UN-Sicherheitsrat regelrecht „gekauft“ und erpresst werden, um sie auf die Linie der Bush-Regierung zu bringen.

Enteignung der Ölquellen und Rekolonialisierung

Damit die wirklichen Kriegsgründe und die versteckten Kriegsziele der USA nicht zum Gegenstand der öffentlichen Debatte werden, wird seit Monaten auf allen medialen und diplomatischen Kanälen eine scheinheilige Ablenkungs-, eine regelrechte Gespensterdebatte geführt. Nicht ob der Irak eine Bedrohung für Amerika und die Internationale Gemeinschaft darstellt, ist die Frage, um die es in Wirklichkeit geht, sondern warum Präsident Bush und das hinter ihm stehende Big Business, vor allem die Energiekonzerne, die seinen Wahlkampf finanziert haben, *diesen Krieg unbedingt wollen und ihn gerade jetzt brauchen.*

So verheerend die Terroranschläge des 11. September 2001 für die amerikanische Nation auch waren, den Bush-Kriegern haben sie die unwiederbringliche Gelegenheit verschafft, die uralten Pläne zur Eroberung der irakischen Ölvorkommen endlich in die Tat umzusetzen. Die Entwaffnung des Irak ist denn auch nur vorgeschoben, es geht ihnen um einen Regimewechsel. Denn nur ein Regimewechsel in Bagdad wird ihnen die definitive Kontrolle über die irakische Öllindustrie verschaffen, und damit das Öl, an dem die US-Wirtschaft hängt wie der Süchtige an der Nadel, entscheidend verbilligen.

Die USA verfügen über zwei Prozent der bekannten Welterdölreserven, sie verbrauchen aber 25 Prozent der jährlichen Weltproduktion - mit steigender Tendenz. Von bislang 73 im Irak entdeckten Vorkommen wird derzeit lediglich etwa ein Drittel ausgebeutet. Nach Schätzung des US-Energieministeriums würde die vermutete Gesamtmenge ausreichen, die Öleinfuhren der USA auf ihrem heutigen Niveau 98 Jahre lang zu decken. Denn nichts fürchten die amerikanischen Energiekonzerne mehr als eine Energiewende - weg von den fossilen und hin zu regenerativen Energien -, die ihre Profite nachhaltig schmälern und ihre weltwirtschaftliche Monopolstellung untergraben würde.

Die Förderung des Öls in der Nordsee oder in anderen schwierigen Gefilden kostet zwischen 15 und 22 Dollar je Fass. Im Nahen Osten, also auch im Irak, kostet die Förderung nur 1 bis 3 Dollar. Bekanntlich verfügt der Irak nach Saudi-Arabien über die zweitgrößten Reserven an Rohöl in der Welt - nämlich etwa 120 Mrd. Barrel. Deren Gesamtwert beläuft sich bei 25 Dollar je Fass auf 3 Billionen Dollar. Selbst bei Förderkosten von 3 Dollar je Fass würden den neuen Eigentümern der Ölquellen damit 2,6 Billionen Dollar zustehen. Das ist schon für sich genommen ein lohnendes Kriegsziel.

Es winkt aber mehr, wie der Ökonom Manfred Szameitat anhand eines sehr wahrscheinlichen Szenarios ausführt: „Sind erst einmal im Irak Erdölförderung und -export privatisiert worden, kommen Saudi-Arabien, Kuwait und die übrigen Golfstaaten dran. Deren Enteignung kann dann ohne Krieg gelingen. Denn mit der Kontrolle der irakischen Ölfelder durch die Multis verliert das Ölexportkartell Opec jegliche Preissetzungsmacht... Die Opec-Staaten sind nach einem Krieg mit einem Mitspieler konfrontiert, der Förderung und Export massiv ausweitet... Der Ölpreis kollabiert und die Opec wäre tot. Sogar das reiche Königshaus der Saudis könnte eine derartige Schrumpfung seiner finanziellen Ressourcen nicht lange durchhalten. Es wäre - ebenso wie andere Öl exportierende Staaten - gezwungen, die Ölquellen zu privatisieren; sprich den ausländischen Ölkonzernen zu verkaufen. Ist das geschehen, könnte der Ölpreis wieder steigen... Die unerfreuliche Perspektive der drohenden Enteignung ist damit auch Hauptgrund für den Widerstand des Hauses Saud gegen den Irak-Krieg.“

Nicht zufällig kommt das Wort „privat“ von lateinisch „privare“ - das heißt: berauben. Um Beraubung und Enteignung im großen Stile geht es - und nicht etwa darum, das irakische Volk von seinem Diktator zu befreien und den gesamten Nahen und Mittleren Osten, ent-

sprechend dem Vorbild Deutschlands und Japans nach 1945, zu „demokratisieren und zu befrieden“, wie Präsident Bush jüngst der Welt verkündete. Man schaue sich nur das seinerzeit von den US-Truppen „befreite“ Kuwait heute an: nur zehn Prozent der Kuwaitis haben das „Wahlrecht“, und da es im Scheichtum keine Parteien außer der Partei der Königsfamilie gibt, haben sie in der Tat eine grandiose Wahl.

Die Verstaatlichung der Erdölquellen war Teil eines global ablaufenden Prozesses, der mit Recht als Entkolonisierung bezeichnet wurde. Entscheidende Schritte bei der Entkolonialisierung waren die Verstaatlichung des Suez-Kanals 1956, als die britisch-französische Compagnie Suez ihrer klassischen Rente aus den Kanalgebühren verlustig ging, die Nationalisierung der iranischen Ölquellen und der Anglo-Iranian Oil Company unter Mossadegh 1953 (was der eigentliche Grund für seinen vom CIA betriebenen Sturz war), die Nationalisierung der libyschen Ölvorkommen durch Oberst Ghaddafi nach 1969 und die Verstaatlichung der irakischen Erdölquellen 1971, als Saddam Hussein noch Vizepräsident des Landes war. Erst durch die Verstaatlichung der Ölindustrien und damit die Kontrolle der Produktion wurden die 1973 erstmals von der Opec durchgesetzten höheren Erdölpreise möglich, die die Grundlage für die ökonomische Entwicklung des Irak, des Iran und anderer arabischer und moslemischer Länder waren.

Im geschichtlichen Rückblick wird verständlich, wie schmerzhaft diese Niederlagen die Konzernleitungen und die Regierungen Amerikas getroffen haben müssen. Diese alten Niederlagen können und sollen jetzt, da keine sowjetische Weltmacht sich schützend vor die Opec-Länder stellt, rückgängig gemacht werden. Im Krieg gegen den Irak bündeln sich demnach kurzfristige, präzise definierbare Ziele - nämlich *die Rückgewinnung der Monopolrente* - mit langfristigen strategischen, nämlich *die Rückführung des Nahen und Mittleren Ostens in einen Kolonialstatus*.

Der neue Irakkrieg wird den USA eine viel solidere Militärbasis im Mittleren Osten als bisher verschaffen und ihren Einfluss auf Saudi-Arabien und andere Staaten der Region verstärken. Sie werden dann in der Lage sein, dem gesamten Mittleren Osten Bedingungen aufzuzwingen, die günstig sind für die israelische Expansion und die weitere Enteignung der Palästinenser, deren ohnehin zerstückelter Lebensraum durch die rigorose israelische Siedlungspolitik immer weiter zusammenschrumpft. Das aber heißt: Eine Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes durch Schaffung eines unabhängigen Palästinenser-Staates wird dann kaum mehr möglich und, vom Standpunkt der zionistischen Rechten um Ariel Sharon auch gar nicht mehr nötig sein. Wahrscheinlicher als die Rücknahme der israelischen Siedlungspolitik und die Gründung eines Palästinenser-Staates ist die „Bereinigung“ des Problems auf dem Wege der ethnischen Säuberung, d.h. durch die Vertreibung der Palästinenser.

Aus der militärischen Besetzung des Irak wird den USA ein bislang nicht gekanntes ökonomisches und politisches Erpressungspotential erwachsen. Auch die EU, Japan und erst recht die aufsteigende Wirtschaftsmacht China werden, was den lebensnotwendigen Energiebedarf angeht, in zunehmende Abhängigkeit von dem US-dominierten Ölregime im Mittleren Osten geraten. Die US-Kontrolle über das Öl mittels militärischer Gewalt wird sich in noch größere wirtschaftliche, politische und militärische Macht in globalem Maßstab ummünzen lassen.

Die Seidenstraßenstrategie

Die Unterwerfung, Rekolonialisierung und Amerikanisierung des Mittleren Ostens hat aber auch eine unentbehrliche Brückenfunktion für das weitere Ausgreifen der einzig verbliebenen Supermacht in Richtung Zentralasien. Dabei geht es um die Gewinnung der strategischen Vorherrschaft in einer riesigen geografischen Region, die sich vom Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien erstreckt.

Am 19. März 1999, also fünf Tage vor dem Beginn der Bombardierung Jugoslawiens, verabschiedete der US-Kongress das so genannte Seidenstraßen-Strategie-Gesetz (Silk Road Strategy Act). Es umreißt den Ausbau des amerikanischen Wirtschaftsimperiums in einem breiten geografischen Korridor, der bis vor kurzem zur wirtschaftlichen und geopolitischen Sphäre Moskaus gehörte. In dem Bericht des US-Kongresses heißt es: „... der Zusammenbruch der Sowjetunion hat ein neues Machtspiel in Gang gesetzt... Heute liegt unser Augenmerk auf den Interessen eines neuen Mitstreiters in diesem Spiel: den USA. Die fünf ehemaligen Sowjetrepubliken, aus denen Zentralasien besteht - Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan -, sind begierig darauf, Beziehungen zu den USA aufzubauen. Kasachstan und Turkmenistan besitzen große Öl- und Gasreserven rund um das Kaspische Meer, die sie dringend ausbeuten wollen. Usbekistan hat Öl- und Gasvorkommen...“

Auch die militärische Vergeltungsaktion gegen die Taliban, die mit Hilfe der NATO-Verbündeten vollstreckt wurde, stand im Dienste der geostrategischen US-Interessen. Mit der Errichtung von Militärbasen in Afghanistan und Usbekistan haben die USA jetzt auch die strategisch bedeutsamen, kostengünstigsten und sichersten Routen für die Erdöl- und Erdgasleitungen, die vom Kaspischen zum Arabischen Meer und zum Golf führen werden, fest im Griff. Nicht zufällig wurde der langjährige Mitarbeiter des amerikanischen Ölkonzerns Unocal namens Karsai zum neuen Präsidenten Afghanistans.

Mit dieser Seidenstraßenstrategie zielt die US-Politik darauf, ihre Wettbewerber im Ölgeschäft, darunter Russland, den Iran und China, zu schwächen und schließlich zu destabilisieren. Gestützt durch die Militärmacht der USA und das Militärbündnis GUUAM, soll der Silk Road Strategy Act US-Firmen und Finanzinstituten einen riesigen neuen Markt öffnen. Der erklärte Zweck besteht darin, in einer Region, die sich vom Schwarzen Meer bis an die chinesische Grenze erstreckt, eine von den USA kontrollierte „Freihandelszone“ aus acht ehemaligen Sowjetrepubliken zu errichten. Dieser ausgedehnte Korridor würde schließlich die gesamte Region rund um die alte Seidenstraße in einen Flickenteppich amerikanischer Protektorate verwandeln.

Um die ökonomische Beherrschung dieses neokolonialen Systems durch Weltbank, IWF und WTO jederzeit auch mit bewaffneter Gewalt durchsetzen zu können, bedarf es eines entsprechenden Systems militärischer Stützpunkte. Thomas L. Friedman, früherer Berater von US-Außenministerin Madeleine Albright und außenpolitischer Kolumnist der New York Times, erklärt dies in seinem Buch „The Lexus and the Olive Tree“ mit stupender Offenheit: „Damit die Globalisierung funktioniert, dürfen die Vereinigten Staaten nicht zögern, als die unbesiegbare Weltsupermacht zu agieren, die sie sind. Die unsichtbare Hand des Markts wird ohne die sichtbare Faust nicht funktionieren. McDonald's kann nicht prosperieren ohne McDonnell-Douglas (dem Fabrikanten der Kampfflieger F-15). Die sichtbare Faust sichert auf der ganzen Welt den Sieg der Technologieprodukte aus dem Silicon Valley. Diese Faust heißt US Army, Air Force und Marine Corps.“ Das ist die wohl bündigste Beschreibung des Unternehmens Globalisierung.

Dass vor allem die ehemalige, ökonomisch geschwächte Kolonialmacht Großbritannien bei dieser Neuauflage des einstigen „Great Game“ im eurasischen Wirtschaftsraum Morgenluft wittert und bei der Rekolonialisierung mit von der Partie sein will, versteht sich von selbst und erklärt wohl zur Genüge die emphatisch gepflegte Waffenbrüderschaft Tony Blairs mit Präsident Bush - auch in der Irakfrage.

Die gebeutelte und gesplante Nation

Es sind jedoch nicht nur geostrategische und imperiale Gründe, die den erklärten, zeitlich und räumlich unbefristeten „Kreuzzug gegen die Achse des Bösen“, aus der Sicht von Corporate America und der extremen amerikanischen Rechten, die jetzt an der Macht ist, notwendig machen. Es geht hierbei auch - und nicht zuletzt - um den gefährdeten *inneren* Zusammenhalt einer Nation, die noch nie so zerrissen, sozial und ethnisch so tief gespalten war wie heute; einer Nation, die unentwegt mit Bildern, Metaphern und Chiffren des Krieges gefüttert wird und ihn so mit einer gewissen Zwangsläufigkeit *auch aus sich selbst heraus gebiert*. Der Krieg war ja schon immer, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und sozialer Verwerfungen, ein genialer Demiurg und teuflischer Ablenkungskünstler, der innere (nationale) Einheit vorgaukelt, indem er den Zwiespalt, die Gewalt und Zerstörung nach außen trägt.

Infolge der neoliberalen Roskur, der das ganze Land schon während der Reagan-Ära unterworfen wurde und die sich in der Clinton-Ära ungehemmt fortsetzte, konnte zwar die angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft sprunghaft verbessert und die offizielle Arbeitslosenrate zeitweise gesenkt werden, dafür aber bescherte der forcierte Wettbewerb mehr als der Hälfte der Bevölkerung den neuen amerikanischen Albtraum: Abstieg ohne Ende. Die durchschnittlichen Bruttolöhne für fast drei Viertel der Arbeitsbevölkerung fielen schon in der Clinton-Ära um 19 Prozent - auf nur noch 258 Dollar pro Woche. Für das untere Drittel der Einkommenspyramide fiel der Lohnschwund noch dramatischer aus: es erhielt sogar 25 Prozent weniger Lohn als vor zwanzig Jahren. Auf der untersten Sprosse aber stehen die schwarzen Amerikaner: ihr Durchschnittseinkommen ist heute 61 Prozent niedriger als das der weißen Amerikaner. Dieses prozentuale Gefälle gab es schon einmal in der amerikanischen Geschichte: im Jahr 1880.

Golden waren die 1990er-Jahre des amerikanischen Booms nur für die Reichen und einen Teil der Mittelklasse, kam doch aller Zuwachs an Vermögen und Einkommen nur dem oberen Fünftel, etwa 20 Millionen Haushalten zugute. Etwa eine halbe Million Superreiche besitzen heute ein Drittel des gesamten privaten Vermögens in den USA. Noch nie in ihrer gesamten Geschichte war die Kluft zwischen Arm und Reich so tief, die soziale Ungleichheit so krass, so himmelschreiend wie heute.

Nach dem Börsenflug der New Economy setzte bekanntlich der Abschwung an den internationalen Börsen ein, der längste seit dem Crash von 1928. Seither haben Tausende von Start-up-Unternehmen im neuen Hightech- und Dot.com-Bereich Pleite gemacht. Im Unterschied zu früheren Krisen hat die jetzige jedoch auch den amerikanischen Mittelstand kalt erwischt. Noch nie gab es so viele Insolvenzen mittlerer und großer Unternehmen und eine so hohe Wirtschaftskriminalität wie in den vergangenen Jahren. Ehemalige Flaggschiffe der US-Wirtschaft wie Enron, Worldcom, Tyco und andere sind durch das Finanzraubrittertum ihrer Vorstände und führender Manager, durch skrupellose Bilanzfälschungen und gnadenlose Selbstbedienung, in den Konkurs getrieben worden. Jetzt stehen Millionen von ehemaligen Middle-class-Amerikanern, die ihre private Alterssicherung meist über Unterneh-

mensaktien und Pensionsfonds gedeckt hatten, mit leeren Händen da und schauen verbittert und verängstigt in die Zukunft.

Der aggressive Neoliberalismus amerikanischer Machart hat nicht nur Millionen Menschen der eigenen Bevölkerung in die Verarmung getrieben, er hat auch zu einer Verunsicherung sämtlicher Lebensbereiche - vor allem bei Arbeit, Krankheits- und Altersvorsorge geführt. 40 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung und kommen nur über die Runden, wenn sie zwei oder drei unterbezahlten Jobs nachgehen und 60 bis 70 Stunden die Woche arbeiten. Das Wort „Urlaub“, bezahlten gar, kennen sie nicht.

Der Neoliberalismus hat im ganzen Lande ein Klima geschaffen, das vom sozialdarwinistischen „struggle for life“, für Amerikaner wohl zutreffender vom „struggle for the richest“, beherrscht ist. Dieser Neoliberalismus ist selbst eine Ideologie und Praxis des Krieges. Denn wenn das „Gesetz des freien Marktes“ zum Naturzustand verklärt wird, dann soll sich die Gesellschaft, ganz im hobbeschen Sinne des Begriffs, in den wirtschaftlichen Überlebenskampf, den „Krieg aller gegen alle“, stürzen. Wo aber das tägliche Leben zum Kampfplatz, zu einer *war-zone* wird, wo Symbole, Metaphern und Bilder des Krieges die gesamte Alltagswelt, die Wirtschaft, die Börse, den Sport, die Nachrichten, die Unterhaltungsindustrie und die Massenkultur durchdringen, da erscheint auch der wirkliche Krieg als unausweichliche Naturnotwendigkeit, wie Tom Holert und Mark Terkessidis in ihrer fulminanten kulturalistischen Studie „Entsichert. Krieg als Massenkultur des 21. Jahrhunderts“ ausgeführt haben.

Der Preis des brutalen Sozialabbaus, der Lohndrückerei und der Privatisierung sämtlicher Lebensrisiken ist der fortschreitenden Zerfall der US-Gesellschaft. Die Kriminalitätsrate liefert dazu ein beredtes Zeugnis. Im Schnitt werden über 10 000 Menschen, also mehr als das Dreifache der Opfer, die unter dem World Trade Center begraben liegen, jährlich durch Schusswaffen getötet. Somit ist die Wahrscheinlichkeit, durch Mord sein Leben zu verlieren, in den USA zehn Mal größer als in den Staaten Europas. Allein in Los Angeles wurden im letzten Jahr 650 Morde registriert. Für die Hälfte der Morde sind 200 rivalisierende Banden verantwortlich, deren Mitgliederzahl auf über 100 000 geschätzt wird. In vielen Bundesstaaten übersteigen die Ausgaben für die Gefängnisse denn auch den gesamten Bildungsetat. Ungefähr 28 Millionen Amerikaner, mehr als 10 Prozent der Bevölkerung, haben sich in bewachten Hochhäusern und Siedlungen verschanzt und geben Unsummen für private Sicherheitsdienste aus. Mit einem Wort: Die Nation ist nach brasilianischem Vorbild gespalten, und der „molekulare Bürgerkrieg“ in den Großstädten ist schier allgegenwärtig.

Es ist vielleicht kein Zufall, dass derselbe US-Präsident, der jetzt, im Namen der „Zwangsabrüstung“ des Irak, den Tod von Tausenden von irakischen Zivilisten billigend in Kauf nimmt, während seiner fünfjährigen Amtszeit als Gouverneur von Texas mit 154 Hinrichtungen einen traurigen Rekord aufgestellt und alle Begnadigungsgesuche abgelehnt hat. Auch mutet es wie eine makabre Ironie der Geschichte an, dass just das Land, das sich selbst als Hort und Verteidiger der Menschenrechte begreift, nicht nur das elementarste Menschenrecht, das Recht zu leben, via Todesstrafe außer Kraft setzt, sondern auch die weltweit höchste Quote von Häftlingen aufweist. Mit fünf Prozent der Weltbevölkerung haben die Vereinigten Staaten 25 Prozent der weltweit gemeldeten Gefangen in Gewahrsam. In Europa sitzen pro Hunderttausend Bürger 100 ein. In Amerika sind es 690, also fast das siebenfache, wie das US-Justizministerium bestätigt. Derzeit sitzen ca. 2 Millionen Amerikaner in US-Gefängnissen ein. Tendenz steigend. Mehr als 60 Prozent der US-Häftlinge sind Lateinamerikaner, Indianer und schwarze Amerikaner. Die Afroamerikaner, gerade mal 12 Prozent der

Gesamtbevölkerung, stellen die Hälfte der Gefängnisinsassen und werden unverhältnismäßig hoch bestraft.

Die amerikanische Paranoia und der Kultus der Gewalt

Der fortschreitende soziale Zerfall geht einher mit dem rasanten Verfall des Public School-Systems in den USA. 44 Millionen Amerikaner sind nicht imstande, Texte zu lesen und zu schreiben, die auf dem Niveau der vierten Schulklasse liegen - mit anderen Worten, sie sind faktisch Analphabeten. Der Durchschnitts-Amerikaner verbringt 99 Stunden im Jahr mit dem Lesen von Büchern und im Vergleich dazu 1460 Stunden vor dem Fernseher. Nur elf Prozent der Amerikaner machen sich die Mühe, eine Tageszeitung zu lesen.

Dass eine Bevölkerung, die ihre Informationen und ihr Bild von der Welt fast nur noch über das Fernsehen gewinnt, beliebig manipuliert und indoktriniert werden kann und damit zum Spielball der Ängste und Bedrohungen wird, die von den US-Medien ständig geschürt werden, liegt auf der Hand. In seiner 1999 erschienenen Studie „The Culture of Fear“ hat der US-Soziologe Barry Glasner jene „Kultur der Angst“ diagnostiziert, die er die „amerikanische Paranoia“ nennt. Seine gut belegte These: In den USA profitieren bestimmte Gruppen - Journalisten, Politiker, Medien, Konzerne - von den Ängsten der Bevölkerung und schüren sie daher mit allen Mitteln.

Die Militarisierung der Schule

Das amerikanische Konzept gegen den fortschreitenden Zerfall der Gesellschaft, gegen Gewalt, Gangs und Drogen heißt: Militarisierung der Ausbildung. So wurde, gesponsert vom Pentagon, das Junior Reserve Officer Training Corps (JROTC,) ins Leben gerufen. High School- Direktoren aus allen Landesteilen rissen sich darum, das JROTC mit seinem Nachmittagslehrplan an ihre Schulen zu holen: Fahngarde, *Drill Team*, Bürgerkunde, Antidrogenkampagnen. An vielen amerikanischen High Schools hat das Militär bereits das Kommando übernommen. Offiziere impfen den Kadetten Treue, Disziplin und Gehorsam ein. Amerikas Großstadtkinder, viele aus kaputten Familien, finden Stabilität und Vorbilder im Jugendcorps, die von pensionierten Offizieren und Kriegsveteranen, vom JROTC des Heeres, der Luftwaffe, der Flotte oder den US-Marines geleitet werden. Inzwischen schlüpfen landesweit rund 500 000 Schüler nachmittags in ihre JROTC-Uniform. Der größte Zuwachs ist unter afroamerikanischen und hispanischen Teenagern zu verzeichnen. Die Uniform symbolisiert nicht nur Schutz gegen eine feindliche und gefährliche Umwelt, sie ist auch die Fahrkarte aus dem Ghetto: *Join the army and you are a safe negro!*, heißt die Parole. Soll heißen: Ein Schwarzer, der Uniform trägt, gilt den Weißen als „ordentlicher Neger“.

Derzeit befinden sich 1,4 Millionen Amerikaner im aktiven Militärdienst. Viele Militärexperten sind aber der Meinung, dass dies im „Krieg gegen der Terror“ nicht reiche. Jetzt locken die Streitkräfte mit höherem Sold, stattlicheren College-Stipendien, Werbespots im Stile von MTV und Action Videos aus dem Einsatz in Afghanistan. Über 40 Prozent aller JROTC- Schüler verpflichten sich nach der High School beim Militär. Kaum erwachsen sind sie bereit, in den Krieg gegen den Terror zu ziehen.

Der Krieg als Stifter der inneren Einheit

Der 11. September hat die Ängste und Bedrohungsgefühle der Amerikaner noch potenziert. Denn plötzlich war die Bedrohung *real*, der Krieg, den die USA bislang stets exportiert hatten, kehrte nach langer Zeit *wirklich* zu ihnen zurück. Wenn sich nun aber die „amerikanische Paranoia“ und das kollektive Trauma des 11. September zusätzlich mit realen Existenzängsten verbinden, vor allem mit den sozialen Abstiegsängsten der deklassierten US-Mittelklasse, dann kann daraus ein gefährliches und explosives Gemisch entstehen. Denn je gefährdeter die eigene Existenzgrundlage wird - dies kennen wir aus den Zeiten der Weimarer Republik -, desto größer wird auch die Neigung zur projektiven Abwehr dieser Ängste, zur Radikalisierung und moralischen Aufrüstung über eine aggressive Ideologie.

Als ideale Sündenböcke und Innenfeinde eignen sich nach den Terroranschlägen vor allem die in Amerika lebenden Muslime - es sind immerhin 7 Millionen -, auf welche die Hatz längst begonnen hat. Doch die wirksamste Kanalisierung der sozialen Existenz- und Abstiegsängste, der kollektiven Bedrohungsgefühle und Aggressionen, die sich ja auch leicht gegen die Herrschenden richten können - siehe der Aufstand von Seattle gegen die WTO-Gewaltigen -, war und ist noch immer ein *gemeinsamer Außenfeind*, der die ganze Nation bedroht und den man zur Strecke bringen muss, um endlich Sicherheit zu gewinnen. In einer sozial und ethnisch so tief gespaltenen Gesellschaft wie der amerikanischen hat der kriegerische Patriotismus in Verbindung mit einem aggressiven Feindbild, das über lange Zeit der „Kommunismus“ war, schon immer eine die Nation integrierende und stabilisierende Funktion gehabt. Erst recht nach dem 11. September. Der „Krieg gegen den Terror“ und gegen erklärte „Schurkenstaaten“ befriedet, wenn auch nur zum Schein und auf Zeit, die schroffen inneramerikanischen Gegensätze, indem er alle Kräfte der Nation auf den äußeren Feind lenkt. Der Patriotismus und die Mobilisierung für den Krieg vereinen den unterbezahlten Schichtarbeiter wieder mit dem US-Millionär, den schwarzen Schuhputzer mit dem weißen Wallstreet-Broker, den Obdachlosen aus der Bronx mit dem Penthouse-Bewohner der Fifth-Avenue. Sind wir nicht alle Amerikaner und gehören zur „großartigsten Nation der Welt“ (US-Präsident Bush), die jetzt gemeinsam aufsteht und wehrhaft zurückschlägt?

Das kollektive Trauma vom 11. September, in Verbindung mit der „amerikanischen Paranoia“, den sozialen Abstiegsängsten breiter Bevölkerungsschichten, der Militarisierung der Ausbildung und einer multimedialen Kriegspropaganda kann sehr wohl den Nährboden für eine *neue christlich-fundamentalistische Massenbewegung* bilden, die mit Begeisterung für die „amerikanischen Werte“ in den Krieg zieht, zumal der Glaube an „gods own country“ und seine besondere „Mission“ zum - bis heute ungebrochenen - Selbstverständnis der US-Eliten und vieler christlicher Glaubensgemeinschaften und Sekten gehört, die viele Millionen Mitglieder zählen und jetzt wieder große Zuschüsse aus Bundesmitteln erhalten.

Wir haben also allen Grund, uns vor *diesem* Amerika - und nicht bloß vor seiner Regierung - zu fürchten.

Europa am Scheideweg

Heute wird in Europa die ängstliche Frage gestellt, ob die weit verbreitete Kritik an den imperialistischen Kriegsplänen der Bush-Regierung nicht mit einem neuen Antiamerikanismus einhergehe, der die Grundlagen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und des

transatlantischen Bündnisses untergrabe. Sozialdemokraten und Grüne, Gewerkschafter, Friedensbewegte und Linke pflegen dann meist reflexartig zu versichern, dass ihre Kritik und Ablehnung „nur“ der Bush-Regierung gelte, nicht aber dem amerikanischen Volk. Doch das simple (und alte rousseauistische) Schema: hier die „böse und krieglüsterne Regierung“ - dort das „gute und friedfertige Volk“ trifft schon lange nicht mehr die Wirklichkeit. So einfach lassen sich Regierung und Volk nämlich nicht auseinander dividieren.

Die entscheidende Frage, die sich für jedes imperialistische System und seine politische Führung stellt, ist, ob es über eine reale Massenbasis und eine „moralische Mehrheit“ verfügt oder nicht. Viele Anzeichen sprachen dafür, dass es der Bush-Administration gelungen ist, das Lager der christlichen Fundamentalisten, das auf 25 Prozent der US-Bevölkerung geschätzt wird, hinter sich zu scharen und aus ihnen eine echte Massenbasis zu rekrutieren.

In ihren Kriegsplänen wird die Bush-Regierung von der christlichen Rechten, ihren fanatischen Evangelisten und Fernsehpredigern vorbehaltlos unterstützt, etwa von der Southern Baptist Convention, die mit 41 500 Kirchen und rund 16 Millionen Mitgliedern, den harten Kern der christlichen Fundamentalisten bilden. Richard Land, einer ihrer einflussreichsten Prediger, begründete kürzlich, warum der Krieg gegen Saddam Hussein nach Meinung seiner Glaubensgemeinschaft ein gerechter Krieg ist: „Einen gerechten Krieg zu führen ist ein Akt christlicher Nächstenliebe. Das Böse muss bestraft, das Gute belohnt werden. Die Zeit für Gewalt ist gekommen.“ *Selten sind im tiefgläubigen Amerika imperiale Machtinteressen und fundamentalistische Frömmerei eine so innige und gefährliche Verbindung eingegangen.*

Es stellt sich die für die Zukunft Amerikas und der Welt entscheidende Frage: Wird das andere, das liberale Amerika, das auf eine große demokratische und freiheitliche Tradition zurückblickt, seine derzeitige Lähmung überwinden? Kann es wieder aus der Defensive herauskommen? Und wird es genügend Kräfte mobilisieren, um sich gegen die Neokolonialisten und Kreuzzügler des Weißen Hauses und ihren christlich-fundamentalistischen Massenanhang wirksam zu wehren? Sollte dies nicht gelingen, könnte sich das liberale, intellektuelle und regierungskritische Amerika schon bald in einem evangelistischen Erweckungs- und militaristischen Überwachungsstaat Orwellscher Prägung wiederfinden, in dem die „innere (Unternehmer) Partei“ die aufgehetzten patriotischen Massen in immer neue Kriege gegen irgendwelche Phantomfeinde schickt.

Die militärische Exekution gegen Bagdad wird nicht nur zu einer weltweiten Aufrüstung, zur Eskalation der Gewalt, zur Radikalisierung und Destabilisierung der arabischen Welt und wahrscheinlich zum Umsturz etlicher noch proamerikanischer Regime führen, sie wird auch neue Terroranschläge zur Folge haben. Auch in den USA. „Noch zwei, drei Anschläge von der Art des 11. September“, erklärte Norman Mailer kürzlich, „und Amerika ist ein faschistisches Land!“

Keine guten Aussichten für das „alte Europa“, dem es wohl zu dämmern beginnt, dass just sein „wichtigster Verbündeter“, der es mit vom Faschismus befreite, nun zur größten Bedrohung seiner fragilen Identität und seiner - aus der leidvollen Erfahrung zweier Weltkriege gewonnenen - Kultur friedlicher Konfliktlösung geworden ist.

Das „alte“ wie das „neue Europa“ steht heute an einem historischen Scheideweg. Denn der neue Irakkrieg wird zum Test- und Präzedenzfall für das Funktionieren der Neuen Weltordnung, des Imperium Americanum. Entweder stehen die europäischen Völker jetzt *gemeinsam* „für den Frieden auf“ und praktizieren den zivilen Ungehorsam, oder sie machen sich mitschuldig. Entweder nimmt Europa jetzt seine historische Rolle und Verantwortung als Mittler zwischen Okzident und Orient wahr, indem es einer hybriden und

kriegslüsternen Weltmacht sein ganzes politisches, ökonomisches, moralisches und zivilgesellschaftliches Gewicht entgegenhält, oder es wird auf absehbare Zeit auf der US-dominierten Weltbühne nur noch einen subalternen Status innehaben wie einst die Vasallenstaaten des römischen Imperiums. Denn so viel ist sicher: Unter der Führung des derzeitigen US-Präsidenten und der aggressivsten Fraktion des Corporate America, die alle Hebel der Macht in Händen halten, wird der „Kreuzzug“ gegen die beliebig verlängerbare „Achse des Bösen“ auch nach einem „siegreichen“ Irak-Krieg noch lange nicht beendet sein.

Wie sagte doch ein berühmter lateinischer Dichter im Exil über das kriegerische Rom, dessen Agonie schon begonnen hatte: „Der Krieg gleicht einem Quacksalber, der die Krankheit, die er zu heilen vorgibt, nur verschlimmert. Er ist ein Verbrecher nicht nur, weil er das Blut so vieler unschuldiger Menschen vergießt, sondern auch, weil er die Dummheit an der Macht hält. Grenzenlos ist die Dummheit der Sieger, denn sie merken nicht einmal, dass ihr Sieg den Grund zu neuen Kriegen und Katastrophen legt.“